

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
07. Dezember 2009

Beginn der Sitzung: 18:45 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Oberbürgermeister Albers kündigt an, dass der Punkt „Beschluss der Haushaltssatzung“ von der Tagesordnung abgesetzt wird.

168.

Jahresrechnung mit Prüfungsbericht: Beschluss

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Rechnungsprüfungsamtsleiter Wolfgang Ebner gibt weitere Erläuterungen zum Prüfungsbericht und empfiehlt dem Gemeinderat die Jahresrechnung festzustellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wie auf den beigefügten Seiten 4 und 5 der Jahresrechnung 2008 dargestellt sowie die Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2008 wie auf den beigefügten Seiten 6 und 7 der Jahresrechnung 2008 dargestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

169.

Lärmaktionsplan: Beschluss

Bürgermeister Beck erläutert, dass die ursprünglich vorgesehene Lärmschutzwand im jetzt vorliegenden Lärmaktionsplan nicht aufgenommen worden sei. Er informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung mit der Maßgabe empfehle, den passiven Lärmschutz für die betroffenen Anlieger, bei denen der Lärmpegel über 65 dB (A) liegt, mit aufzunehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den beigefügten Lärmaktionsplan unter Aufnahme des passiven Lärmschutzes der betroffenen Anlieger, bei denen der Lärmpegel über 65 dB (A) liegt und beauftragt die Verwaltung, der Meldepflicht an die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg gemäß § 47d Abs. 7 BImSchG nachzukommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

170.

Bebauungsplan „Breitäcker III“, Detzeln: Aufstellungsbeschluss

Bürgermeister Beck erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Breitäcker III“, Stadtteil Detzeln nach § 2 Abs. 2 BauGB. Der beigefügte Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

Der Tagesordnungspunkt „Verkehrsmaßnahmen“ wird vorgezogen – Einwendungen werden nicht erhoben.

171.

Verkehrsmaßnahmen:

OB Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Leiter Klaus Danner und Reiner Mutter von der Polizeidirektion Waldshut-Tiengen. Klaus Danner geht auf die immer wieder geäußerte Forderung nach mehr Kontrollen ein und verweist hierzu auf die momentane Personalsituation, die mehr Kontrollen nicht zulassen würde. Er berichtet ferner über die erfolgreiche Kooperation mit Veranstaltern mit dem Projekt „Feiern ohne Gewalt“. Er erläutert außerdem die Kriminalstatistik, die Unfallstatistik sowie Maßnahmen der Verkehrsprävention.

a) Verkehrsregelung in der Badstraße

Reiner Mutter erläutert aus Sicht der Polizei, dass für eine „Rechts-vor-Links-Regelung“ die Dominanz der Badstraße zu groß sei; er schlägt deshalb vor, eine Zone-30 einzurichten und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass „rechts vor links“ funktioniere.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, beantragt für die Badstraße Tempo-30 mit „rechts vor links“.

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, beantragt den Einbau sog. „Krefelder Kissen“ an zwei Kreuzungen.

Erik Pitzschel rät davon ab, da dann die Verkehrsteilnehmer teilweise anhalten würden, was mit zusätzlichen Emissionen und Lärm verbunden sei.

Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Tempo-30 Zone ohne „rechts vor links“ aus, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

1. Beschluss: (Antrag Stadtrat Harald Würtenberger)

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Tempo-30 Zone mit einer „Rechts-vor-Links-Regelung“ in der Badstraße zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 13 Ja-Stimmen
und 8 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

2. Beschluss: (Antrag Stadtrat Harald Langfeld)

Der Gemeinderat beschließt den Einbau von „Krefelder Kissen“ an zwei Kreuzungen in der Badstraße und beauftragt die Verwaltung mit der Überprüfung dieser Möglichkeit.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Ja-Stimme
mehrheitlich abgelehnt

Stadträtin Sylvia Döbele hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

b) Verkehrsberuhigung Molkereistraße

Reiner Mutter erläutert aus der Sicht der Polizei die Voraussetzungen für die Einrichtung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, beantragt die Einrichtung einer Tempo-30 Zone.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, beantragt ebenfalls eine Tempo-30 Zone.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, bittet darum, in der Molkereistraße das Aufstellen von Hindernissen, z.B. Pflanzkübeln zu überprüfen.

3. Beschluss: (Antrag Stadträte Dieter Zauft und Gerhard Vollmer)

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer Tempo-30 Zone in der Molkereistraße.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimme
mehrheitlich zugestimmt

c) Verkehrsregelung in der Amthausstraße

Reiner Mutter erklärt, dass die Gegenverkehrsregelung ein Jahr problemlos funktioniert habe und aus Sicht der Polizei so belassen werden könne.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, spricht sich wegen einer klareren Linienführung im Verkehr und der vorhandenen Enge für eine Rückführung auf die frühere Einbahnstraßenregelung aus.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, schließt sich dem Votum von Stadtrat Heinrich an.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, beantragt, die Gegenverkehrsregelung für ein weiteres Jahr auf Probe zu belassen und dann endgültig zu entscheiden.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, hält die Einbahnstraßenregelung wegen der vorhandenen Enge insbesondere zum Schutz der Fußgänger für besser.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass nach seiner Wahrnehmung die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Fahrzeuge durch den Gegenverkehr abgenommen hätte, was auch dem Schutz der Fußgänger diene.

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, spricht sich dafür aus, den Gegenverkehr zu belassen und regt außerdem an, die Einhaltung des Halte- bzw. Parkverbotes in diesem Bereich stärker zu überwachen.

Peter Kienzler vom Straßenverkehrsamt antwortet hierauf, dass in diesem Bereich ständig kontrolliert werde.

4. Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, in der Amtshausstraße für ein weiteres Jahr Verkehr in beide Fahrtrichtungen bestehen zu lassen und die Angelegenheit dann erneut dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 8 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

d) Schließung der Bahnunterführung im Frühmessweg

Reiner Mutter erläutert den Begriff „Anliegerverkehr“ und schildert anhand von Beispielen aus der Praxis und aus der Rechtsprechung die Problematik, die Beachtung des Verkehrszeichens „Anlieger frei“ wirkungsvoll zu überwachen.

Nach weiterer Erörterung

5. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Bahnunterführung zwischen Frühmessweg und Ochsensteige bis auf weiteres für den beschränkten Fahrzeugverkehr geöffnet bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Kriminaldirektor Klaus Danner bedankt sich für die stets gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und erklärt abschließend, dass für den Bereich Gewerbepark Hochrhein aus den genannten personellen Gründen kein Konzept für Kontrollen erstellt werden könne, aber Kontrollen im Rahmen des Streifendienstes durchgeführt würden.

172.

Werkrealschule:

Antrag

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Zolg vom Schulamt und erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, äußert sich skeptisch bezüglich der Umsetzung in der Praxis. Er erkundigt sich, ob es möglich sei, noch ein Jahr zu abzuwarten oder ob dann die Gefahr bestehe, dass die Schüler zu den Werkrealschulen nach Albbruck oder Lauchringen abwandern würden.

Herr Zolg vom Schulamt bestätigt die Befürchtungen von Stadtrat Vollmer bezüglich der Abwanderung aufgrund des Wahlrechts der Eltern – eine diesbezügliche Prognose könne jedoch nicht erstellt werden.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, den Antrag auf Einrichtung einer zwei-zügigen Werkrealschule zum Schuljahr 2010/2011 wie in der beigefügten Sitzungsvorlage ausgeführt, zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimme
mehrheitlich zugestimmt

173.

**Heinrich-Hansjakob-Schule:
Antrag auf offenes Ganztagsangebot**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt die Einrichtung eines Ganztagesesschulbetriebes an der Heinrich-Hansjakob-Schule und beauftragt die Verwaltung die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

174.

**Änderung der Friedhofssatzung:
Beschluss**

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Satzung über die Ordnung auf den städtischen Friedhöfen -Friedhofsordnung- vom 13.12.2004, zuletzt geändert am 17.10.2005. Der beigefügte Satzungsentwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

175.

**Jagdgenossenschaft Waldshut-Tiengen:
Ergebnis der Jagdgenossenschaftsversammlung und Annahme des Votums**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und berichtet über die Jagdgenossenschaftsversammlung.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das Votum der Jagdgenossenschaftsversammlung an und bleibt somit Jagdvorstand.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

176.

**Kindergarten St. Marien:
Grundsatzbeschluss über Verlagerung auf das Stoll-Vita-Areal**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, möchte wissen, welche Alternativen als Standort in Frage kämen und warum man sich für dieses Areal entschieden habe.

Der Oberbürgermeister erläutert die bereits in einer früheren Sitzung vorgestellten Alternativstandorte.

Brigitte Reichmann ergänzt hierzu, dass das Sedus-Areal zentraler liege als das Güterbahnhofareal und auch aus wirtschaftlicher Sicht der bessere Standort sei, weil das Gebäude dort schon vorhanden sei.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, erkundigt sich ob auch eine städtische Trägerschaft möglich sei, oder ob dieser Kindergarten als Ersatz für St. Marien automatisch in kirchlicher Trägerschaft bleibe.

Der Oberbürgermeister erläutert die hierzu bestehenden Verträge mit der Kirche und weist auf den „Vorrang der Freien Träger“ hin – er rate deshalb nicht dazu, über die Trägerschaft neu nachzudenken.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, die vertraglichen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Kinderhaus St. Marien aus den Gebäuden der Sparkasse (Bismarckstraße 13, 13a und 15) auf das Gelände der Sedus Stoll Stiftung ziehen kann. Die Betriebsträgerschaft soll bei der Katholischen Kirchengemeinde Waldshut verbleiben.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Sedus Stoll Stiftung eine vertragliche Grundlage zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Das Hochbauamt wird beauftragt in 2010 mit dem Betriebsträger der Einrichtung eine Planung für den Umbau zu erarbeiten und diese vor Baubeginn dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Im Haushalt 2010 sollen entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

177.

Haushalt 2010:

Beschluss Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Oberbürgermeister Albers verweist bezüglich des von der Tagesordnung abgesetzten Beschlusses der Haushaltssatzung auf seine schriftliche Information an den Gemeinderat und an die Presse. Er berichtet über das Gespräch mit dem Regierungspräsidium Freiburg, bei dem klar gemacht worden sei, dass das Regierungspräsidium bei der Genehmigung der Haushalte strikt auf die Einhaltung der gesetzlichen Haushaltsbestimmungen achten werde. Außerdem sei vorausgesagt worden, dass der Finanzbedarf der Landkreise steigen werde, womit er bereits im nächsten Jahr rechne. Es sei so, dass Städte, die in den letzten Jahren Schulden abgebaut hätten, in gleichem Umfang Spielraum für neue Schulden über den gesamten Finanzplanungszeitraum hätten. Waldshut-Tiengen hätte 5 Mio. € Schulden abgebaut – aber 13 Mio. € zusätzliche Schulden im Finanzplanungszeitraum eingeplant. Hinzu käme, dass nach dem aktuellen Haushaltserlass mit noch weniger Einnahmen als bisher angenommen, gerechnet werden könne. Für den Haushalt 2010 schlägt er folgendes Verfahren vor:

- Zusammenstellung einer Maßnahmenliste mit jeweiliger Darstellung der Auswirkungen auf den gesamten Finanzplanungszeitraum
- die von den Maßnahmen betroffenen Bürger und Gruppen einzuladen

Der Oberbürgermeister erklärt, dass er Steuererhöhungen für das Jahr 2010 für ausgeschlossen halte, nicht aber für den restlichen Finanzplanungszeitraum. Er weist darauf hin, dass eine Verschiebung von Maßnahmen für den gesamten Finanzplanungszeitraum gelte.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, schlägt vor, die Maßnahmenliste im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorzubereiten.

Oberbürgermeister Albers hält es für besser, die Maßnahmen gleich mit dem gesamten Gemeinderat zu erörtern.

Stadtrat Heinrich hält den Verwaltungs- und Sozialausschuss für das geeignete Gremium und möchte nichtöffentlich vorberaten.

Nach weiterer Erörterung sagt der Oberbürgermeister eine nichtöffentliche Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss zu.

Bürgermeister Beck erläutert das Ergebnis der Vorberatung des Wirtschaftsplanes 2010 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung im Bau- und Umweltausschuss.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Feststellung des beigefügten Wirtschaftsplanes 2010 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

178.

Spenden

Oberbürgermeister Albers teilt folgende Spende mit:

Jeweils 2.000 € anlässlich der Geschäftseröffnung C & A für das Kinderhaus St. Marien und den Kindergarten St. Christophorus.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Entgegennahme der Spende von C & A in Höhe von und der Weiterleitung an die Kindertageseinrichtungen St. Marien und St. Christophorus zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Der Oberbürgermeister informiert außerdem über die im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorberatene Vermittlung von Spenden für das Jahr 2009 an die Blasmusikvereine.

2. Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt dem Oberbürgermeister die Vermittlung von Spenden der Sparkasse Hochrhein an die Blasmusikvereine.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Ebenso informiert der Oberbürgermeister über die im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorberatene Vermittlung einer Spende der Sparkasse Hochrhein an den Sportverein Gurtweil.

3. Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt dem Oberbürgermeister die Vermittlung einer Spende der Sparkasse Hochrhein an den Sportverein Gurtweil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

179.

Bekanntgaben

Eilentscheidung

Oberbürgermeister Albers gibt die Auftragserteilung für Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Rückbau des Regenüberlaufbeckens Viehmarktplatz an die Firma Schleith im Wege der Eilentscheidung bekannt.

Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt

Oberbürgermeister Albers gibt dem Gemeinderat bekannt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt mitgeteilt habe, dass alle Feststellungen im Prüfbericht vom 15.09.2008 über die allgemeine Finanzprüfung der Stadt Waldshut-Tiengen und die Prüfung des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung der Jahre 2001 bis 2006 erledigt sind.

180.

Verschiedenes

Lautsprecheranlage

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, bittet um Überprüfung der während der Sitzung verwendeten Lautsprecheranlage.

Mülleimer während Weihnachtsmarkt

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, regt an, während des Weihnachtsmarktes in der Innenstadt mehr Mülleimer aufzustellen.

181.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.